

INHALT

1. Regionalschulstandorte gefährdet
2. Mittel für Vertretungsfonds reichen nicht aus!
3. Schwarze Null in greifbarer Nähe
4. Energiewendeminister ohne eigene Ideen
5. Streitthema „Sonntagsöffnung“
6. Landesregierung blockiert Steuerabkommen mit der Schweiz
7. Betriebspraktikum der Wirtschaftsunioren

23.11.2012

Regionalschulstandorte gefährdet **Neue Regierung will Mindestgrößenverordnung nicht ändern**



Daniel Günther, MdL

Anders als im Wahlkampf angekündigt, will die SPD-geführte Landesregierung die Mindestgrößenverordnung für Gemeinschaftsschulen nicht anpassen, wenn die Regionalschulen in Gemeinschaftsschulen zwangsumgewandelt werden. Dies machte Bildungsministerin Professor Dr. Waltraud Wende im Rahmen einer Sitzung des Bildungsausschusses am Donnerstag deutlich. Den bisherigen Regionalschulen würden drei bis fünf Jahre Zeit gegeben, die Mindestgröße für Gemeinschaftsschulen zu erreichen.

Die Mindestgrößenverordnung in Schleswig-Holstein sieht für Regionalschulen mindestens 240 Schüler vor, für Gemeinschaftsschulen 300. Mit unter 300 Schülern lässt sich nach Ansicht von Fachleuten das Konzept der Gemeinschaftsschule nicht mehr realisieren.

Nach Wendes Aussage kam es zu einem heftigen öffentlichen Schlagabtausch. „Das ist gleichbedeutend mit dem Aus für Dutzende Schulstandorte“, erklärte CDU-Bildungspolitiker Daniel Günther in Kiel.

Die Ministerin sah sich daraufhin zu einer Klarstellung veranlasst: „Keine Regionalschule wird wegen Umwandlung zur Gemeinschaftsschule geschlossen“, ließ sie erklären. Wende habe im Ausschluss lediglich im Zusammenhang mit der Entwicklung der Schülerzahlen betont, keine Schule könne sicher sein, dass sie über Jahrzehnte Bestandsschutz habe.

Weder in der Erklärung der Ministerin, noch in einer gemeinsamen Erklärung der Fraktionen von SPD, Grünen und SSW wurde allerdings eine Anpassung der Mindestgrößenverordnung thematisiert. Diese hatte SPD-Landeschef Stegner im Wahlkampf angekündigt.

Im März 2012 hatte CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen aufgedeckt, dass die von der SPD geplante Zwangsumwandlung von Regional- in Gemeinschaftsschulen ganze Schulstandorte in Frage stellen würde. Stegner warf in einer Pressemitteilung „der Propagandaabteilung der Nord-CDU“ daraufhin eine „Angstkampagne“ vor. Und wörtlich: „Durch die Umwandlung von Regionalschulen zu Gemeinschaftsschulen wird kein einziger Schulstandort gefährdet. Dass die Mindestgrößenverordnung nach dem Regierungswechsel angepasst wird, versteht sich von selbst.“

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen erinnerte Stegner gestern an seine Aussage: „Jetzt ist klar: Die CDU hat die Wahrheit gesagt. Die SPD hat einen eiskalten Wahlbetrug durchgezogen.“

Link zur SPD-Pressemitteilung:

<http://www.spd-schleswig-holstein.de/aktuelles/aid/3183>

Mittel für Vertretungsfonds reichen nicht aus!

Neue Landesregierung streicht lediglich 30 Lehrerstellen weniger als CDU-geführte Vorgängerregierung



Heike Franzen, MdL

Die noch von der CDU-geführten Landesregierung vorgenommene Erhöhung des Vertretungsfonds auf 24 Millionen Euro war richtig. Bereits im Oktober 2012 waren die ursprünglich vorgesehenen Mittel in Höhe von zwölf Millionen Euro aufgebraucht. Das geht aus einer Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der CDU-Bildungsexpertin

Heike Franzen hervor.

„Dass bereits ab dem ersten Tag des Unterrichtsausfalls Mittel aus dem Vertretungsfonds abgerufen werden dürfen, hat sich bewährt. Die Mittel werden abgefordert. Umso unverständlicher ist es, dass die neue Landesregierung den Vertretungsfonds wieder auf zwölf Millionen Euro zusammen streicht“, erklärte Franzen in Kiel.

Dies gelte auch deshalb, weil nicht einmal das Bildungsministerium sagen könne oder wolle, wie viele der von der neuen Landesregierung noch für dieses Jahr versprochenen 180 Stellen für die Gemeinschaftsschulen bislang an die Schulen gegangen seien – geschweige denn, wohin. Die Antwort der Landesregierung auf eine entsprechende Anfrage Franzens viel jedenfalls dünn aus.

Klar ist demgegenüber mittlerweile, dass die neue Landesregierung bis 2017 lediglich 30 Lehrerstellen weniger streichen wird, als dies die CDU-geführte Landesregierung geplant hatte. Noch am Freitag vergangener Woche hatte Bildungsministerin Professor Dr. Waltraud Wende im Landtag behauptet: 752 Stellen mehr als von der alten Landesregierung geplant würden in den kommenden fünf Jahren wiederbesetzt.

Tatsächlich wollten CDU und FDP bis 2017 nachweislich 1400 Stellen abbauen, SPD, Grüne und SSW 1370. Allerdings hat zwischenzeitlich eine neue Prognose der Schülerzahlen ergeben, dass rechnerisch weitere 752 Lehrerstellen abgebaut werden könnten. Franzen: „Deren Abbau hatten wir nie eingeplant, die Prognose kannte ich noch gar nicht. Was Wende letzte Woche im Landtag als neue Ehrlichkeit darstellte, ist in Wahrheit ein Täuschungsversuch, der für jedes Schulkind mit einer glatten „6“ enden würde.“

Kleine Anfrage „Personelle Situation an den Schulen“:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0000/drucksache-18-0067.pdf>

Kleine Anfrage „Ausschöpfung Vertretungsfonds“:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0300/drucksache-18-0301.pdf>

Schwarze Null in greifbarer Nähe

Haushaltsabschluss 2012 mit niedrigster Neuverschuldung seit 1970



Tobias Koch, MdL

Im Rahmen der Sitzung des Finanzausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages am Donnerstag (23. November 2012) hat Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) bestätigt, dass

der Landeshaushalt 2012 sich der Null-Neuverschuldung nähert. „Das ist der ausgeglichene Haushalt seit 1970! Umso unverantwortlicher ist es, dass die Dänenampel diese historische Chance auf eine schwarze Null wieder zu Nichten macht“, erklärte CDU-Haushaltsexperte Tobias Koch dazu.

Koch wies darauf hin, dass für die Aufstellung dieses Haushaltes allein die CDU-geführte Vorgängerregierung Verantwortung trage, da die Dänen-Ampel keinen Nachtragshaushalt aufgestellt habe. Die Rekorderinnahmen bei den Steuern und die niedrigen Zinssätze sorgten nun dafür, dass Schleswig-Holstein noch in diesem Jahr fast keine neuen Kredite mehr aufnehmen müsse.

Leider läute die neue Landesregierung wieder die Kehrtwende ein: 420 Millionen Euro neue Schulden stehen im Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2013.

Energiewendeminister ohne eigene Ideen

Beschleunigung des Netzausbaus an der Westküste geht auf ein Jahr alte Vereinbarung zurück



CDU Fraktionschef, Johannes Callsen, MdL

Im Rahmen einer auswärtigen Kabinettsitzung in Büsum stimmte die Landesregierung laut einer Pressemitteilung dem Vorschlag des Energiewendeministeriums zu, „bei der Westküstenleitung auf den Abschnitten von Heide nach Niebüll auf ein formales Raumordnungsverfahren zu verzichten. Stattdessen sollen die raumordnerischen Fragen – vor allem die Auswirkungen auf Menschen und die Natur – in die Planfeststellung integriert werden.“ Energiewendeminister Robert Habeck wolle damit die Planungen beschleunigen, hieß es weiter.

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen reagierte prompt:

„Habeck hält sich nahezu wortgetreu an die Beschleunigungsvereinbarung von Wirtschaftsminister Jost de Jager, die dieser im August 2011 mit den Netzbetreibern und den Kreisen schriftlich vereinbart hat. Das zeigt zweierlei: Erstens hat die CDU-geführte Landesregierung bei der Umsetzung der Energiewende hervorragend gearbeitet und zweitens hat der Energiewendeminister keine eigenen Ideen“, so Callsen.

Der Versuch Habecks, den Bürgerinnen und Bürgern diesen Kabinettsbeschluss als großen

Wurf zu verkaufen, zeigte seine ganze Hilflosigkeit.

Vergleichen Sie selbst:

Link zur Vereinbarung vom 31. August 2011:

http://www.schleswig-holstein.de/MWAVT/DE/Startseite/downloads/110830_Vereinbarung_Beschleunigung_Netzausbau_blob=publicationFile.pdf

Link zur Pressemitteilung des Energiewendeministeriums:

http://schleswig-holstein.de/MELUR/DE/Service/Presse/PI/2012_neu/1112/MELUR_121120_Netzausbau_Westkueste.html

Streitthema „Sonntagsöffnung“ FördeForum zum Buß- und Betttag



Am 20. November 2012 diskutierten der CDU-Fraktionsvorsitzende Johannes Callsen und Daniel Günther, kirchenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, mit prominenten Gästen aus Politik und Kirche im Kasino des schleswig-holsteinischen Landtags. Kontroverses kirchenpolitisches Thema des Abends: Wie steht es um die „Sonntagsöffnung“?

Das Thema „Sonntagsöffnung“ sorgt seit langem für Konflikte zwischen Kirche und Politik. Derzeit profitieren viele Kommunen von der so genannten Bäderregelung. Danach können Geschäfte in Urlaubsorten auch am Sonntag öffnen. Zu Recht, befand Referentin Katharina Heldt, CDU-Ratsfraktionsvorsitzende aus Eckernförde. Heldt, selbst Geschäftsfrau, wies in ihrem Vortrag auf die große Bedeutung der „Sonntagsöffnung“ für Wirtschaft und Tourismus hin. Für sie sei der Sonntag der umsatzstärkste Tag in der Woche. Auch bringe der gemeinsame Sonntagsbummel in der Innenstadt nach dem Kirchgang viele Familien zusammen.

Gothart Maggaard, Bischofsbevollmächtigter für den Sprengel Schleswig und Holstein, widersprach Heldt in seinem Vortrag entschieden. Es ginge darum, so Maggaard, dass der Sonntag ein Tag sei, der der seelischen und körperlichen Stärkung dienen solle und der den Menschen ermögliche, Gemeinschaft zu erleben. Dies sei Teil der unveräußerlichen Würde des Menschen. Wo dieser Raum nicht bliebe, werde die Gesellschaft gnadenlos.

Den inhaltlichen Bezug zum Buß- und Betttag stellte Wolfgang Pittkowski her, theologischer Referent der Bischofskanzlei Schleswig. Pittkowski sprach über die Geschichte des Feiertages und erinnerte an die ursprüngliche Bedeutung des Buß- und Betttages. Es ginge nicht darum,

Buße mit Bestrafung gleichzusetzen. Vielmehr solle der Feiertag eine Gesinnungsänderung hin zu Gott bewirken. Sänger Alexander Heldt, begleitet am Klavier von Kirchenmusiker Sebastian Sell, beeindruckte die Gäste mit berührender Kirchenmusik.

Landesregierung blockiert Steuerabkommen mit der Schweiz **Land und Kommunen entgehen bis 2020 über 550 Millionen Euro**

CDU-Haushaltsexperte Tobias Koch hat in dieser Woche die Landesregierung wegen ihrer Ablehnung des Steuerabkommens mit der Schweiz scharf kritisiert. Die rot-grün-regierten Länder lehnten das Gesetz von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) am Freitag im Bundesrat ab. Damit kann das Abkommen bis auf weiteres nicht in Kraft treten.

„Diese Ablehnung kostet allein das Land bis 2020 fast 500 Millionen Euro. Städten und Gemeinden entgehen 80 Millionen Euro“, so Koch in Kiel.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble sei den Ländern in den letzten Wochen noch einmal entgegen gekommen und bereit, auf den Bundesanteil aus den Einnahmen über das Steuerabkommen komplett zu verzichten. Mit dem von der Landesregierung offenkundig beabsichtigten weiteren Ankauf illegal beschaffter Steuer-CDs ließe sich eine derartige Einnahme für den Landeshaushalt unter keinen Umständen erzielen.

„Die neuesten Zahlen der Finanzministerin belegen, dass seit Mai 2012 durch Selbstanzeigen lediglich vier Millionen Euro eingenommen wurden. Die auf diese Weise erzielten Steuer Mehreinnahmen müssten die Länder dann auch noch ganz normal mit dem Bund teilen“, so der Haushaltsexperte.

Der vom Bundesfinanzminister beabsichtigte Weg sei demgegenüber rechtssicher, transparent und beruhe auf zwischenstaatlich geschlossenen Verträgen. Mit dem Steuerabkommen würden auch all diejenigen Steuerhinterzieher herangezogen, die trotz des mehrfachen Ankaufs von Steuer-CDs mit Daten unterschiedlicher Banken bislang unentdeckt geblieben seien. Nur mit Hilfe des Steuerabkommens werde eine vollständige Besteuerung aller Schwarzgeldkonten in der Schweiz gewährleistet, und zwar sowohl rückwirkend als auch zukünftig!

Betriebspraktikum der Wirtschaftsjunioren **Volker Dornquast besucht Arzneimittelgroßhändler Max Jenne GmbH**

Im Rahmen der von den Wirtschaftsjunioren Kiel durchgeführten Aktion „Betriebspraktika“ besuchte der CDU-Abgeordnete Volker Dornquast vergangene Woche den Arzneigroßhändler Max Jenne. Bei der Aktion sollen Abgeordnete des Schleswig-Holsteinischen Landtags den Betriebsalltag der beteiligten mittelständischen Betriebe im Land kennen lernen.

„Ich habe mich sehr gefreut, dass mir diese Aktion die Möglichkeit gegeben hat, den normalen Arbeitsalltag eines mittelständischen Betriebes wie der Max Jenne GmbH kennen zu lernen. Besonders interessant war es dabei, die Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter vor Ort direkt miterleben zu können“, so Volker Dornquast anlässlich seines Betriebspraktikums.

Nach einer kurzen Begrüßung durch den Leiter der Niederlassung Neumünster, Jörn Heitmann, und der Gesellschafterin Dorothee Bierbaum wartete ein umfangreiches Programm auf den

Abgeordneten. Nach einem Betriebsrundgang ging es zunächst in den Einkauf und den Kundenservice, wo Dornquast selbst Arzneimittel kundenfertig sortieren musste.

Der zweite Tag des Praktikums fand in der Firmenverwaltung in Kiel statt und war geprägt von Gesprächen zur rechtlichen Situation und den allgemeinen Bedingungen im deutschen Arzneigroßhandel, diskutiert an praxisnahen Beispielen.

Das „Betriebspraktikum“ der Wirtschaftsunioren war für Abgeordnete und Unternehmen ein Gewinn. Volker Dornquast lobte die gute Organisation des Praktikums von Seiten des Unternehmens: „Ich habe mich sehr gefreut, dass mir die Firma Max Jenne diesen tiefen Einblick in ihr Tagesgeschäft gewährt hat. Mit diesen Eindrücken und Erkenntnissen werde ich meine Arbeit für den schleswig-holsteinischen Mittelstand mit voller Kraft fortsetzen.“



Dorothee Bierbaum, Volker Dornquast, MdL und Thomas Jenne

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de